

AHA!

Rundbrief des Basler Appells gegen Gentechnologie 1 | 2006



Standpunkt

Seit 16 Jahren arbeite ich auf meinem eigenen Bio-Hof in Polen. Zwei Dinge stehen für mich dabei im Zentrum: Mensch und Natur. Neben der Produktion natürlicher und vollwertiger Nahrungsmittel ist es in der biologischen Landwirtschaft auch wichtig, dass der Produzent seine Identität behält und nicht zum dumpfen Instrument der Lebensmittelindustrie degradiert wird.

Für die Natur gilt das gleiche Prinzip: Wir wollen ihre Vitalität stärken. Dabei soll auch sie ein Stück «Autonomie» behalten. Die Gentechnik in der Landwirtschaft bewirkt genau das Gegenteil. Patente auf Saatgut und die Verbreitung herbizidresistenter Pflanzen, die verstärkten Chemieeinsatz in der Landwirtschaft zulassen, beweisen das.

Die Frage, ob in Polen bald der Anbau von genetisch veränderten Pflanzen erlaubt sein wird, ist noch nicht beantwortet. Die Aufklärungsarbeit müssen grösstenteils kleine Verbände bewältigen. Einer davon ist «Ziarno». Ein dichtes Netz gut informierter Bio-Produzenten ist eine wichtige Voraussetzung für den Widerstand. Wir freuen uns sehr, dass der Basler Appell gegen Gentechnologie uns in dieser Aufgabe stärkt.

Peter Stratenwerth, Biobauer und Präsident von «Ziarno» (Polen)



Polens Landwirte hoffen auf den Export in die westlichen EU-Staaten. Dort aber wollen die Verbraucher keine gentechnisch manipulierten Lebensmittel. Ganz wichtig ist deshalb, dass polnische Bauern und Bäuerinnen hart bleiben und dem Gentech-Saatgut aus dem Westen nicht Tür und Tor öffnen.

Foto: Bilderbox

Basler Appell lanciert Kampagne in Polen

Gentechnisch veränderte Pflanzen sind weltweit auf dem Vormarsch. In Europa jedoch formiert sich weiterhin der Widerstand. Der Basler Appell gegen Gentechnologie startet deshalb eine Kampagne in Polen und unterstützt den befreundeten Bio-Verband «Ziarno».

Die neusten Zahlen der Agro-Gentechnologie-Lobbyorganisation ISAAA (International Service for the Acquisition of Agri-Biotech-Applications) scheinen es wieder einmal zu belegen: Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen ist auch im 2005 weiter gestiegen. In 21 Ländern wurden weltweit 90 Millionen Hektar mit genmanipulierter Soja, Mais, Raps und Baumwolle bewirtschaftet. Im Vorjahr hatte die Fläche noch 81 Millionen Hektar betragen. Als Länder mit den grössten Anbauflächen werden noch immer USA, Argentinien, Brasilien, Kanada und China genannt. Und noch immer ist der GVO-Anteil in Europa vergleichsweise gering. 2005 ernten Landwirte in Spanien, Frankreich, Portugal, Tschechien und Deutschland auf gut 60'000 Hektar genmanipulierten Mais, der als Futtermittel verwendet wird.

KonsumentInnen gut informiert

Auch in der Schweiz ist ein kleiner Bruchteil der importierten Futtermittel bereits gentechnisch verändert. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern ist die Schweiz allerdings in einer komfortablen Situation: Mit der im vergangenen November vom Volk angenommenen Moratoriumsinitiative ist in absehbarer Zeit nicht damit zu rechnen, dass sich gentechnisch veränderte Pflanzen in der Schweiz etablieren werden. Das Abstimmungsergebnis zeigt, dass die KonsumentInnen gut informiert sind und sich eine eigene Meinung gebildet haben. Umfragen bestätigen, dass 70 Prozent der SchweizerInnen weiterhin keinen Gentechnofood auf dem Teller wollen. Das gleiche Bild zeigt sich in einem grossen Teil der EU.

(Fortsetzung Seite 2)

Agrogiganten mischen mit

Schwieriger gestaltet sich die Situation in den neuen EU-Staaten wie etwa Polen. Schon viele Jahre vor dem Beitritt in die EU wurden in Polen offenbar Freisetzungsvorhaben durchgeführt. Dies geschah, noch bevor überhaupt entsprechende rechtliche Grundlagen geschaffen waren. Für einen Grossteil der Freisetzungsvorhaben waren Grosskonzerne wie Monsanto oder Syngenta verantwortlich, die sich erhofften, auf diesem Weg Gentechpflanzen schleichend zu etablieren. Unklar ist bis heute, ob die damals verwendeten Pflanzen vollständig aus dem Verkehr gezogen wurden oder ob das Saatgut von Bauern noch immer verwendet wird. Wie alle anderen neuen Mitgliedstaaten besass auch Polen zwar bereits vor dem EU-Beitritt eine Gentechnikgesetzgebung. Allerdings existierten bis 2004 keine Labore, welche die Einhaltung von Grenzwerten kontrollieren konnten. Verstösse gegen die bereits damals existierende Kennzeichnungspflicht waren häufig.

Grossteil Polens heute gentechfrei

Mit dem EU-Beitritt hat sich die Lage geändert. Ein Jahr hat der polnische Staat nun noch Zeit, ein Reglement zum Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen zu erarbeiten, bis dahin gilt ein Anbaustopp. Der Initiative von ICPPC (International Coalition to Protect the Polish Countryside) ist es letztlich zu verdanken, dass im August 2004 die erste GVO-freie Zone Polens ausgerufen wurde. Mittlerweile haben sich 15 von 16 Bundesländern selbst als gentechfreie Zone deklariert. Polen als grösstes Ökoland Europas scheint zum Greifen nah. Doch Polen sucht Investoren und ist sehr USA-orientiert. Deshalb wird die Regierung wohl bald die Bestimmungen lockern. Schon jetzt werden grosse Mengen Gentech-Soja als Futtermittel eingeführt und landwirtschaftliche Fachzeitschriften sowie die Medien überhaupt schlagen einen Ton an, als gebe es kein Zurück mehr. Es steht zu befürchten, dass auch die Landwirte vor der Gen-

techlobby kapitulieren werden. Vor Risiken der Gentechnologie in der Landwirtschaft warnen nur kleine Verbände. Einer davon ist «Ziarno». Dieser arbeitet seit vielen Jahren auch an der Etablierung des Landesverbandes für Bioproduzenten «Ekoland», der sich aus verschiedenen lokalen Gruppen zusammensetzt.

Basler Appell unterstützt

Der Basler Appell gegen Gentechnologie hat sich zum Ziel gesetzt, jetzt, wo in der Schweiz die Weichen fürs erste gestellt sind, dort aktiv zu werden, wo Hilfe dringend gebraucht wird. Deshalb hat der Vorstand des Vereins Kontakt zu Ziarno aufgenommen. Geplant sind gemeinsame Aktionen, um die Öffentlichkeit zu informieren und um den Widerstand gegen die Gentechnologie in der Landwirtschaft dort zu aktivieren, wo sie noch fehlt. Und ihn dort zu stärken, wo er bereits existiert. Ziel ist, dass auch Polen der Gentech-Lobby weiterhin standhält.

Mitgliederversammlung 2006

Mit dem Gesetz über die Forschung am Menschen, mit dem stark kritisierten Projekt SESAM, aber auch mit den Aktivitäten des Basler Appells in Polen liegt ein ereignisreiches Jahr vor uns. Wenn es Sie interessiert, was der Basler Appell gegen Gentechnologie im 2006 alles plant und was uns im vergangenen Jahr beschäftigt hat, kommen Sie doch zu unserer Mitgliederversammlung:

Dienstag, 28. März, 19 Uhr
im Neuen Kino, Klybeckstrasse 247,
Basel (Tram Nr. 8 bis Station «Ciba»)

Traktanden

- Jahresbericht
- Rechnung
- Wahlen Vorstand und Revision
- Ausblick 2006
- Varia

Anschliessend offerieren wir einen Apéro und zeigen ab 20 Uhr den Film «Frozen Angels».



Wissenschaftler, Juristen, Eizellspenderinnen, Leihmütter, Samenbankdirektoren, unfruchtbare Paare, renitente Wunschkinder – sie alle erlauben den Einblick in eine Zukunft, die längst begonnen hat.

Los Angeles, die Stadt des immerwährenden Versprechens, bildet dabei die Kulisse für die verschiedenen Menschen und Geschichten zwischen Zukunftshoffnungen und Albtraum. Frozen Angels erzählt von Menschen, die Pioniere eines neuen Zeitalters sind – Protagonisten und Nebendarsteller einer bestens organisierten Traumfabrik, die uns perfekt modellierte Kinder verheisst. Aussergewöhnlich gefilmt, überraschend montiert, fundiert und mit abgründigem Humor erzählt.

Petition gegen SESAM

Demnächst werden wir die gesammelten Unterschriften unserer Petition gegen das Projekt SESAM an die Kantonale Ethikkommission beider Basel übergeben. Die Zeit drängt also.

Bitte senden Sie Ihre Unterschriftenbogen bis spätestens 28. Februar an folgende Adresse:

Basler Appell gegen Gentechnologie
Postfach 205
4013 Basel

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Richtigstellung

Im letzten Rundbrief berichteten wir über einen SESAM-kritischen Artikel in der Zeitschrift der Ärztesgesellschaft Baselland und der Medizinischen Gesellschaft Basel. Wir wurden gebeten, Folgendes richtig zu stellen: Beim Forums-Beitrag in der «Synapse», Nr. 8-2005 zum Projekt SESAM der Uni Basel handelt es sich um die persönliche Meinung von Dr. med. Peter Dreyfus. Mehr zur Diskussion der Medges auf www.medges.ch

Bundesrat will SESAM nachträglich legalisieren

Das neue Humanforschungsgesetz soll alle Bereiche der Forschung am Menschen auf nationaler Ebene regeln. Auch Projekte wie der Nationale Forschungsschwerpunkt SESAM werden vom Gesetzesentwurf tangiert. Trotzdem verschliesst der Bundesrat die Augen vor der präjudizierenden Wirkung des umstrittenen Projekts.

Am 1. Februar wurde das lang erwartete Humanforschungsgesetz (HFG) und die dazugehörige Verfassungsbestimmung vom Bundesrat in die Vernehmlassung geschickt. Höchstenfalls sensible Bereiche sollen vom neuen Gesetz nun endlich auch auf Bundesebene geregelt werden: Die Forschung an Embryonen und Föten, an Verstorbenen, an Gefangenen und nicht zuletzt auch an Kindern und schwangeren Frauen.

Das Gesetz wird voraussichtlich nicht vor 2010 in Kraft treten – es kommt also zu spät für Forschungsprojekte wie die Nationalfonds-Studie SESAM der Universität Basel, für die der Startschuss bereits im vergangenen Jahr fiel. SESAM wird sich laut Projektleitung ab dem 1. Oktober 2006 genau dem widmen, was auch der Bundesrat mit dem Humanforschungsgesetz erlaubt sehen will: der fremdnützigen Forschung an Kindern. Doch was dem

Bundesrat gefällt, sieht das Parlament häufig ganz anders. So war es etwa im Fall des vom Basler Appell mit dem Referendum bekämpften Stammzellenforschungsgesetzes, das während der Debatte in den Räten erheblich Federn lassen musste.

Die Antwort des Bundesrats auf die Interpellation von Nationalrätin Maya Graf (Grüne, BL) zum Forschungsschwerpunkt SESAM lässt ebenfalls zu wünschen übrig. Das Projekt, bei dem 3'000 Kinder von der 12. Schwangerschaftswoche 20 Jahre lang fortlaufend untersucht werden sollen, wird vehement verteidigt. So sei die fremdnützigen Forschung an Kindern – also derjenigen Forschung, die den Betroffenen keinen Nutzen bringt – in der Schweiz nicht grundsätzlich verboten. Auch werde mit dem Projekt weder ein Präjudiz geschaffen noch der Gesetzgebung vorgegriffen. Man reibt sich die Augen: Was nicht grundsätzlich ver-

boten ist, soll also, egal wie fragwürdig, stets erlaubt sein? Das Parlament hat sich in den kommenden Jahren mit der heiklen Frage der Forschung an Nichtzustimmungsfähigen zu befassen. Trotzdem werden Projekte wie SESAM, die durch ein restriktives HFG allenfalls verboten würden, vom Nationalfonds längst bewilligt und finanziert.

Es bleibt zu hoffen, dass das Parlament dem Humanforschungsgesetz ähnlich kritisch gegenüber steht wie dem damaligen Embryonenforschungsgesetz. Der Basler Appell gegen Gentechnologie wird sich auf jeden Fall weiterhin dafür stark machen, dass Projekte wie SESAM in der Schweiz nicht salonfähig werden. Die fremdnützige Forschung an Menschen, die ihre Zustimmung nicht geben können, muss unterbunden bleiben.

Ständerat will Designer-Babys zulassen

Seit Inkrafttreten des Fortpflanzungsmedizinengesetzes (FmedG) ist immer wieder versucht worden, das Verbot der Präimplantationsdiagnostik aufzuheben. In der vergangenen Winter-session hat nach dem Nationalrat nun auch der Ständerat der Forscherlobby nachgegeben und will die Embryoselektion zulassen. Er gab grünes Licht für die entsprechende Motion des Nationalrats. Mit Hilfe der PID werden Embryonen, die mittels fortpflanzungsmedizinischer Verfahren hergestellt wurden, noch vor der Einpflanzung in den Mutterleib durch Zellentnahme auf genetische Fehler getestet. Der Bundesrat ist mit der Motion nun beauftragt, eine entsprechende Regelung auszuarbeiten. Hierzu wird er das gerade mal fünf Jahre alte Fortpflanzungsmedizinengesetz bereits wieder ändern müssen. Und damit nicht genug – auch die Verfassung wird geritzt. Diese bestimmt nämlich, dass nur so viele menschliche Eizellen ausserhalb des Körpers der Frau zu Embryonen weiterentwickelt werden dürfen,

als ihr sofort eingepflanzt werden können. Die PID steht diesem aber entgegen: Dort sollen ja gerade mehr Embryonen hergestellt werden, als eingepflanzt werden, um die untauglichen auszusortieren.

Weder die Räte noch den Bundesrat scheint zu interessieren, dass bei der damaligen Debatte um die Zulassung der Fortpflanzungsmedizin das Verbot der Präimplantationsdiagnostik eine entscheidende Rolle gespielt hatte. Wie die Liste der schweren Erbkrankheiten aussehen soll, bei der die PID zugelassen werden wird, bleibt noch immer fraglich. Sogar die Nationale Ethikkommission (NEKH) drückt sich davor, Klartext zu reden, und gibt den schwarzen Peter weiter: Die Auswahl der PID-würdigen Patientinnen soll dem behandelnden Arzt überlassen werden.

Die eugenischen Tendenzen des Unternehmens Präimplantationsdiagnostik sind offensichtlich. Gleichzeitig dient



Die Auswahl von Embryonen nach genetischen Kriterien soll nun auch in der Schweiz bald erlaubt sein. Wieder einmal fallen ethische Werte dem Machtbarkeitswahn zum Opfer.

sie auch der verbrauchenden Embryonenforschung, denn sie führt unweigerlich zu den begehrten überzähligen Embryonen. Der Basler Appell wehrt sich vehement gegen die negative Eugenik der Selektion von Embryonen und warnte in einer Medienmitteilung nochmals eindringlich davor, die Tür zu öffnen für Designer-Babys und für den Menschen nach Mass. Der Verein wird sich wenn nötig mittels Referendum dafür einsetzen, dass wichtige ethische Werte nicht scheinbar untergraben werden.

Mitteilungsblatt

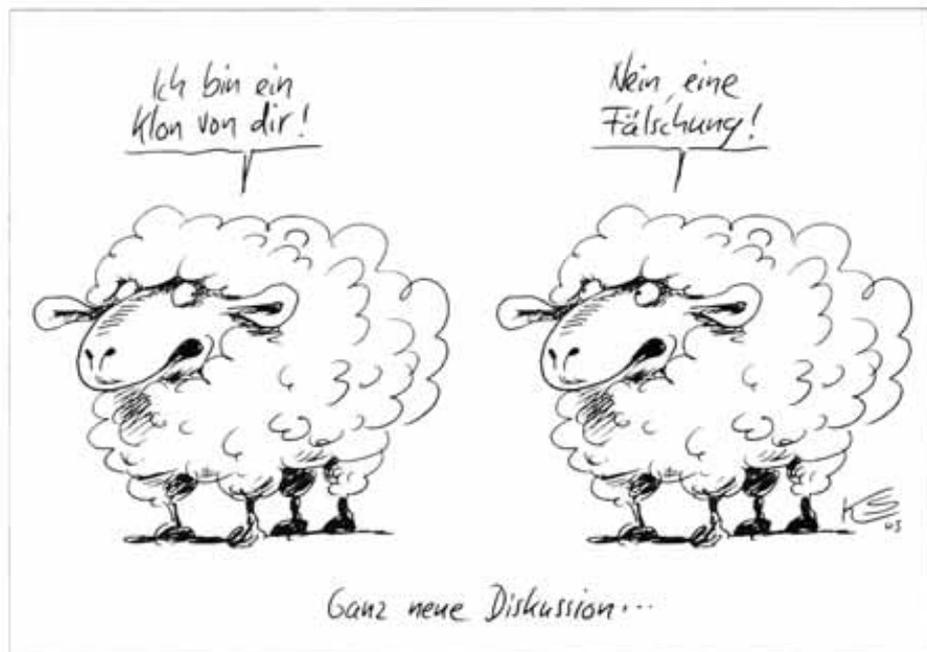
des Basler Appells
gegen Gentechnologie
Murbacherstrasse 34
Postfach 205
4013 Basel
(im Mitgliederbeitrag inbegriffen)
ISSN 1661-3945

16. Jahrgang, Nummer 101

Tel. 061 692 01 01
Fax 061 693 20 11
info@baslerappell.ch
www.baslerappell.ch
Postkonto 40-26264-8
Datum: 13. Februar 2006
erscheint 6 x jährlich

Druck

Phoenix Druck, 4057 Basel
gedruckt mit Ökofarben
auf Recyclingpapier



Dafür stehen wir ein

Der Basler Appell gegen Gentechnologie wurde 1988 in Basel anlässlich eines gentech-kritischen Kongresses gegründet. Er hat über 1050 Mitglieder in der ganzen Schweiz und nochmals so viele SympathisantInnen. Wir setzen uns insbesondere ein für folgende Forderungen:

- Keine Patente auf Leben
- keine Freisetzung von gentechnisch manipulierten Lebewesen
- keine genmanipulierten Lebensmittel
- keine gentechnischen Eingriffe beim Tier
- demokratische Kontrolle der Forschung in Gen- und Reproduktionstechnologie

- Mitbestimmung der Bevölkerung bei gentechnischen Grossprojekten
- keine gentechnische Auswahl und Genmanipulationen beim Menschen.

Der Basler Appell finanziert sich ausschliesslich durch Mitgliederbeiträge und Spenden – herzlichen Dank!

AZB
4013 Basel

Adressänderungen der Post kosten uns Fr. 2.– – bitte bei Umzug neue Adresse melden!

- Ich werde Mitglied beim Basler Appell (Fr. 100.–, Wenigverdienende Fr. 35.–/Jahr inkl. Abo «Rundbrief AHA!»)
- «Rundbrief AHA!», Abo Fr. 20.–
- «Pressespiegel Gentechnologie», Probenummer gratis
- «Pressespiegel Gentechnologie», Abo Fr. 60.– (Mitglieder Fr. 35.–)

Bitte schicken Sie mir folgendes Material (bis Fr. 10.– Betrag in Briefmarken beilegen; für höhere Beträge erfolgt Versand mit Rechnung):

- ...Ex. Petitionsbogen «Dem Sesam einen Riegel schieben»
- ...Ex. «Gen-manipulTIERt», Broschüre, kostenlos
- ...Ex. «Wollen Sie das Programm «Genfood» wirklich beenden?» 6 Postkarten, Fr. 6.–
- ...Ex. «Gentests – das gefährliche Versprechen», Broschüre, kostenlos
- ...Ex. «Embryonenführer», Broschüre, kostenlos
- ...Ex. «Basler Appell gegen Gentechnologie», Infobroschüre, kostenlos
- ...Ex. «Von Embryonen und Stammzellen», Broschüre, kostenlos
- ...Ex. «Herz vom Schwein?», Broschüre, kostenlos
- ...Ex. «Finger ab de Röschi», Broschüre, kostenlos
- ...Ex. «10 Jahre Basler Appell», Postkartenset, kostenlos
- ...Ex. «Schwarzer Tod und Amikäfer», Broschüre, Fr. 10.– (Mitglieder Fr. 5.–)
- ...Ex. Politische Ökologie 81-82: «Genopoly – Das Wagnis grüne Gentechnik», Fr. 22.– (Mitglieder Fr. 18.–)
- ...Ex. «Gentechnisch hergestellte Medikamente», Faltblatt, kostenlos
- ...Ex. «Gentherapie», Faltblatt, kostenlos
- ...Ex. «Informationen für Bäuerinnen und Bauern zum Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft», BUND-Broschüre, kostenlos
- ...Ex. «Gentechnologie und Naturschutz», Pro-Natura-Broschüre, Fr. 20.–
- ...Ex. Florianne Koechlin: «Zellgeflüster». Fr. 36.– (für Mitglieder portofrei)

Einsenden an: Basler Appell gegen Gentechnologie, Postfach 205, 4013 Basel
Bitte Absender nicht vergessen!